

Wohnungsfrage und nachhaltige Stadtentwicklung in Stuttgart

Von Utz Rockenbach

Stuttgart Ökologisch Sozial im Rathaus



Kapitel 1	
Der sogenannte Wohnungsbedarf	3
Kapitel 2	
Instrumente der aktuellen Wohnungsbedarfsermittlung und der Wohnungsbauförderung	5
Kapitel 3	
Aktuelle indirekte und direkte Förderungsinstrumente	6
Kapitel 4	
Wohnen ist ein Grundlebensbedürfnis	7
Kapitel 5	
Umrisse einer nachhaltigen Wohnungspolitik	8
Kapitel 6	
Maßstäbe des gebauten Raums und der Bautätigkeit	10
Kapitel 7	
Strategische Überlegungen	12
Kapitel 8	
Was tun? Unser Handlungsprogramm (Ansätze dazu)	13
Literatur	
zum Weiterlesen	18

Herausgeber:

Hannes Rockenbauch, Stadtrat, Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS), Marktplatz 1,
70173 Stuttgart, E-Mail: hannes.rockenbauch@stuttgart.de, Internet: <http://www.s-oe-s.de>

Zum Autor:

Utz Rockenbauch, Jahrgang 1945, Dipl.-Ing., Arch., sei vielen Jahren aktiv in verschiedenen Bürgerinitiativen, Mitbegründer von SÖS und „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“

Satz und Gestaltung: Michael Weiß, Eugenstraße 12, 70182 Stuttgart, Tel./Fax: 0711 260958,
E-Mail: mweiss-stuttgart@t-online.de

Druck: Druckerei Knödler, Kastellstraße 14, 71726 Benningen, Tel.: 07144 8412-50, Fax: -52,
E-Mail: knoedler-druck@t-online.de Papier: • Gedruckt auf CyclusPrint = 100 % Recyclingpapier

Wohnungsfrage und nachhaltige Stadtentwicklung in Stuttgart

Von **Utz Rockenbauch**

Vorwort

Längst haben wir es uns angewöhnt, die Fragen und Probleme unseres täglichen Lebens aufgeteilt in einzelne Fachdisziplinen und Politikbereiche zu betrachten und nur noch quantitativ zu messen.

Die allem menschlichen Leben zugrunde liegende Mensch-Natur-Beziehung bleibt ausgeklammert. Ein dieser komplexen Grundlage entsprechender systemischer Denkansatz, d.h. ein Denken in Wirkungsketten, das anstrebt, geschlossene Stoffkreisläufe herzustellen und das die Wirkungsgesetze der Selbstregulierung natürlicher Systeme beachtet, ist aber erforderlich.

Dieser Ansatz bedingt, uns zunächst einmal einen Überblick zu schaffen, in welchem Spannungsfeld gesellschaftlicher und sozioökonomischer Einflüsse die Wohnungsfrage heute steht, wie sie sich in Stuttgart konkret stellt, bzw. wie sie mit herkömmlicher Politik gelöst werden soll, um dann in einem letzten Schritt – quasi als Auswertung – zu eigenen Vorstellungen zu kommen. □

Kapitel 1 Der sogenannte Wohnungsbedarf

Zur Erörterung dieser Frage schlagen wir ein umfassenderes Herangehen vor statt dem allgemein Üblichen, dem der statistisch gewonnenen Trendprognose. Es erscheint uns nicht unerheblich, alle gesellschaftlichen Faktoren, die Wohnungsbedarf auslösen, zu erfassen. Anders ausgedrückt, es erscheint uns notwendig, alle aus

unserer Produktions- und Lebensweise resultierenden Nachfragefaktoren und Impulse möglichst vollständig zu kennen und zu benennen.

● Als Erstes müssen wir uns über die wirtschaftliche bzw. die sozioökonomische Entwicklung unserer Gesellschaft und die daraus resultierende Raumstruktur und Raumnutzung Klarheit verschaffen. So haben sich heute, bedingt durch die bei uns vorherrschende industrielle Waren-Massenproduktion, die Funktionen Arbeiten und Wohnen baulich und räum-

lich nahezu vollständig von einander getrennt. Es haben sich vorher unbekannte eigenständige Bau- und Raumstrukturen (Fabrik, Wohnhaus, Industrie-, Wohn-, Einkaufsgebiet usw.) sowie eine alles überlagernde, verbindende Verkehrsstruktur etabliert, die heute den Raum und unser Leben dominieren. Auch die Struktur- und die Bewegungsgesetze unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise (Wachstum, Verbrauch, Wettbewerb, Konkurrenz um Märkte, Arbeitskräfte und Ressourcen, Konzentration, Monopolisierung, Verflechtung, Clusterbildung), also die Art und Weise, wie heutzutage produziert, ausgetauscht und konsumiert wird, prägen die aktuelle Raumnutzung und -struktur: Konkurrenz um Standorte, Umnutzung, Citybildung (= Verdrängung von Wohnraum, monofunktionale Innenstädte), wachsende und schrumpfende Räume, miteinander konkurrierende schnelle Verkehrsstrukturen, Energie- und Wasserversorgungsnetze sowie Entsorgungsnetze (Müll, Abwasser etc.).

- Auch sind die demographischen Anforderungen zu klären, also die Frage nach der Entwicklung der Altersstruktur, der Geburtenrate, der Familienstruktur und Familiengröße unserer Gesellschaft, aber auch die nach der Bevölkerungswanderung. Wie das und mit welchem Ergebnis dies geschieht, erörtern wir in Kapitel zwei.

- Nicht weniger wichtig ist die Frage, wie sich die Lebensweisen und -stile auf die Wohnungsnachfrage auswirken. Art, Größe, Lage und Ausstattung einer Wohnung widerspie-

geln in einem nicht unerheblichen Maße die Lebensansprüche und Lebensgewohnheiten der darin Wohnenden, nicht zuletzt natürlich aber auch deren Einkommenssituation. Auch ein zunehmender Warenfetischismus im Zusammenhang mit dem Besitz einer Wohnung lässt sich in unserer Gesellschaft nicht mehr leugnen.

- Daneben wirken natürlich auch die kapitalistischen Einflüsse auf dem Wohnungsmarkt. Sind doch Boden, Wohnungen und Häuser in unserer Gesellschaft Waren, mit denen spekuliert wird, mit denen Geschäfte gemacht werden. Auch die Bauproduktion selbst ist kapitalistisch geprägt. So bauen heute vorrangig Investoren, Wohnungsbaufirmen und Banken, und nicht Privatleute Wohnungen. Nicht unwesentlich ist auch die öffentlich geförderte, kreditfinanzierte Bautätigkeit sowie das durch Steuerspar- und Abschreibungsmodelle motivierte Bauen.

- Neuerdings nimmt auch der spekulative Wohnungsbau in westlichen Zentren beachtliche Ausmaße an. Er reagiert auf die wirtschaftlich bedingte Bevölkerungswanderung von Ost nach West, weil die westlichen Zentren versuchen, im großen Stil Arbeitsplätze an sich zu ziehen. Diese Entwicklung wird massiv gefördert durch politische Entscheidungen, wie z.B. die Festlegung von „Zentralen Orten“ und „Metropolenregionen“ in den Raumordnungsplänen der Regionen, der Länder und denen der Europäischen Union, oder durch Werbeaktionen und Stadtimagepflege und durch die Förderung

sogenannter „weicher Standortfaktoren“, die heutzutage alle wirtschaftlich „modern“ strukturierten, kapitalstarken Räume in munterer Konkurrenz gegeneinander betreiben.

- Der Vollständigkeit halber darf auch ein Hinweis auf den Faktor Reproduktion von Wohnraum nicht fehlen. Dabei sollte man allerdings unterscheiden zwischen dem Abgang an Wohnungen aus Altersgründen (weil diese baufällig sind oder nicht mehr den heutigen Sicherheits- und Hygienestandards entsprechen) und dem Abgang von Wohnungen aus Spekulations- und Umnutzungsgründen.

Die gesellschaftlichen Faktoren, die eine Wohnungsnachfrage auslösen, sind also wesentlich vielfältiger, als sie im Allgemeinen in der politischen Diskussion und im sog. Stadtplanungsdiskurs dargestellt werden, wo man sich weitgehend auf die demographischen Faktoren beschränkt. Für uns, die wir uns um einen nachhaltigen Entwicklungsweg bemühen, sind möglichst alle Nachfrage auslösenden Faktoren abzuwägen.

Kapitel 2 Instrumente der aktuellen Wohnungsbedarfsermittlung und der Wohnungsbau- förderung

Heute ist die Prognose, also die statistische Trendforschung, das wichtigste Instrument der gesellschaftlichen Bedarfsforschung. Auch der sog. Woh-

nungsbedarf wird über eine solche Methodik ermittelt, gelegentlich ergänzt durch politische und spekulative Annahmen, wie durch Meinungsumfragen bei Wohnungssuchenden oder Immobilienmaklern. Wie man dabei vorgeht, wollen wir hier in aller Kürze darstellen.

Die statistische Methode baut auf der in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben Einwohnerprognose des Statistischen Amtes der Stadt Stuttgart auf. Diese Einwohnerprognose basiert auf der Zahl der jährlich im Einwohnermelderegister erfassten Personen, den Faktoren der sog. natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten- und Sterberate), denen der Alters- und Geschlechterstruktur und denen der Wanderungsbewegungen (Zu- und Wegzug). Daraus lassen sich über die Jahre ein Trend, Trendvarianten und ein sog. wahrscheinlicher Trendverlauf errechnen.

Aus der Einwohnerprognose wird (ohne weitere Umrechnung) die Bevölkerungszahl pro Haushalt abgeleitet. Daraus wird dann über ein spezielles Verfahren, welches eine Vielzahl familiärer Beziehungen als Indikatoren, die den Haushaltezusammenhang beschreiben, verarbeitet, die Zahl der sog. Privathaushalte generiert bzw. ein Trendmodell eines künftigen Haushaltebildungsverhaltens (Haushalteprognose) errechnet und Annahmen über das zu erwartende Wohnungsnachfrageverhalten (Wohnungsbedarf) errechnet. Aus der Gegenüberstellung dieser Daten mit dem vorhandenen Wohnungsbestand

ermittelt sich dann der Wohnungsversorgungsgrad, das Wohnungsdefizit oder der Wohnungsüberschuss.

Auf diese Art und Weise ergibt sich für Stuttgart, dass trotz sinkender Einwohnerzahlen bis 2020 ein jährlicher Wohnungsneu- und Wohnungsersatzbedarf von insgesamt 700 Wohnungen besteht. Dies vor allem deshalb, weil man zu Grunde legt, dass die Zahl der Privathaushalte vor allem durch eine Zunahme der Ein- und Zweipersonenhaushalte kaum sinken wird. Dabei wird von der Annahme „je Haushalt eine eigene Wohnung“ im Sinne der alleinigen Verfügbarkeit, nicht also von der rechtlichen Situation als Mieter oder Eigentümer ausgegangen. Wissen muss man auch, dass z.B. junge Erwachsene, die noch bei ihren Eltern wohnen, obwohl sie bereits selbstständig wirtschaften, definitorisch einen eigenen Haushalt darstellen. Unterstellt bzw. erwartet wird auch, dass der Anteil des Wohnungsersatzbedarfs, begründet durch Umwidmung und Gebäudeabriss, bei über 60 Prozent liegen wird.

Bereits an dieser Stelle wird schon klar, wie in den Ansprüchen unserer Gesellschaft begründete Erscheinungen unbesehen zu fortwährenden Trends werden. Noch fragwürdiger wird es allerdings, wenn zu den vorgenannten Zahlen ein weiterer Wohnungsbedarf von jährlich 790 Wohnungen aufgesattelt wird, weil man den – angeblich durch die Struktur des Wohnungsmarkts bedingten – Wanderungsverlusten vorbeugen müsse. An-

dererseits werden die Daten der sog. Vormerkdatei (Wohnberechtigte mit Wohnberechtigungsschein), die frühere Notfallkartei (zum 31.12. 2005 immerhin 3015 Haushalte, davon 1561 Dringlichkeitsfälle), nirgendwo berücksichtigt. Zahlen für einen verlässlichen Wanderungstrend gibt es auch nicht, da dieser erfahrungsgemäß immer auch von übergeordneten politischen und wirtschaftlichen Einflüssen, die man auf Stadtebene kaum beeinflussen kann, überlagert bzw. beeinflusst wird.

Kapitel 3 Aktuelle indirekte und direkte Förderungsinstrumente

Zu den indirekten Förderungsinstrumenten zählt neuerdings das so genannte „nachhaltige Bodenmanagement“ als der Versuch, vorhandene Rest- und Umnutzungsgrundstücke auf dem Stadtgebiet über eine zentrale Erfassung möglichst schnell wieder dem Bodenmarkt zur baulichen Verwertung zuzuführen. Da gleichzeitig aber auch neues Bauland ausgewiesen wird, ist ein sparsamer und nachhaltiger Umgang mit der Ressource Boden davon nicht zu erwarten. Das gilt auch für die davon erhoffte Innenentwicklung, zumal diese – in unserer Gesellschaft unvermeidlich – ja auch noch den Einflüssen der Boden- und Standortspekulation unterliegt. Ähnliches gilt für die Instrumente der Bauleitplanung (Flächennutzungs- und Bebau-

ungspläne), die der kommunalen Hoheit unterliegen und vorrangig dazu dienen, Flächenreserven anzulegen.

Nicht fehlen darf auch ein Blick auf die Implikationen und Vorgaben der übergeordneten, überregional, länderübergreifend und europaweit vorangetriebenen politischen Raumordnung und deren Erscheinungs- und Ausdrucksformen: Zentrale Orte und Metropolenregionen. So sieht z.B. das Metropolenkonzept, verstanden als ein Konzept der Vernetzung regionaler Zentren über schnelle Verkehrsnetze, ausdrücklich die Siedlungsentwicklung nicht in den Zentren, sondern in den Randzonen und entlang der Achsen vor. Die Zentren bleiben zentralen Nutzungen und Dienstleistungen vorbehalten.

Direkt bedarfsfördernd wirken die verschiedenen Methoden der kommunalen und staatlichen Wohnungsbauförderung, wie z.B. Zins- und Kreditförderungsmodelle, Abschreibungsmöglichkeiten, die in der Zwischenzeit abgeschaffte so genannte Eigenheimförderung, die Förderung des Wohnungsbaus junger Familien. Auch der „Soziale Wohnungsbau“ und dessen angebliche Sozialbindung in Form der sog „Kostenmiete“ (eigentlich ein staatlich gefördertes und gesetzlich garantiertes Mieterhöhungsprogramm für Investoren und Wohnungsbaukonzerne) muss hier eingeordnet werden. So betrachtet ist es schlussendlich nicht einmal zynisch zu behaupten: Es geht längst nicht mehr um ein gesellschaftliches oder gar um ein individuelles Recht auf eine Woh-

nung, sondern um den Markt und um Verwertungsinteressen, die politisch bedient werden sollen.

Eine nachhaltige Entwicklung weg von unserem heutigen Naturverbrauch wird sich an anderen Prioritäten und Zielen messen lassen müssen.

Kapitel 4 Wohnen ist ein Grundlebens- bedürfnis

Alles menschliche Leben zeichnet sich seit jeher durch zwei grundlegende, stofflich und räumlich wirkende Bewegungsgesetze der Mensch-Natur-Beziehung aus: Erstens befinden wir Menschen uns in einem fortwährenden Stoffwechselprozess mit der jeweiligen Umgebungsnatur: Stoffentnahme (Verbrauch), Stoffeinträge (Abfälle, Emissionen), Stoff- und Energie-transformation. Zweitens stanno wir die jeweilige Umgebungsnatur mit Gehäusen, Gefäßstrukturen und Systemen aus. Wir schaffen Raumstrukturen zum Zwecke der darin und darüber ablaufenden Lebensprozesse. Daraus resultiert die Notwendigkeit menschlicher Bewegung im Raum, also Verkehr. Die weiteren Folgen: Vom Mensch geschaffene naturräumliche Veränderungen bis hin zur Destabilisierung der Ökosphäre, Zwang zu immer schnelleren Bewegungen in Raum und Zeit. Und letztlich, unter heutigen Bedingungen, die kapitalistische Verwertung aller Ressourcen, aller Naturräume und der Zeit in Warenform.

Die o. g. Grundprozesse widerspiegeln sich nicht von ungefähr auch in unserer Sprache:

- unterkommen – Unterkunft
- bewohnen – wohnen – Wohnung
- behausen – hausen – Haus
- umgeben – Umgebung.

So gesehen ist es nicht verwunderlich, dass die Unterkunft, die Wohnung, das Haus, der Platz, der Raum als elementare Notwendigkeit persönlicher und gesellschaftlicher Reproduktion immer und zu allen Zeiten, sozusagen wesenseigen, im Zentrum menschlicher Lebensäußerung und gesellschaftlichen Tuns standen und stehen.

Wir liegen also nicht falsch, wenn wir das „Lebensbedürfnis“ nach den „eigenen vier Wänden“ und dem „Dach über dem Kopf“ politisch hervorheben und darauf bestehen, die Wohnungsfrage als eines der zentralen Handlungsfelder kommunaler Daseinsfürsorge als auch einer nachhaltigen Stadtentwicklung in den Mittelpunkt kommunalpolitischen Handelns in Stuttgart zu stellen.

Kapitel 5 Umriss einer nachhaltigen Wohnungspolitik

Die Notwendigkeit einer nachhaltigen Wohnungs- Siedlungs- und Verkehrspolitik gründet in der Tatsache, dass die Bodenfläche endlich ist, in der Einsicht, dass unsere Öko- und Biosphäre nur soweit verbraucht (Umweltverbrauch) werden kann, als unsere

natürlichen Lebensgrundlagen nicht gravierend verändert, nicht unwiderruflich zerstört werden. Sie baut auf die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Entwicklung in den Grenzen des vorhandenen Umweltraums und dessen weseneigenen natürlichen Reproduktionsvermögens. Dies ist die Leitlinie unserer Vorstellung von Wohnungsbaupolitik. Dazu erscheint es sinnvoll, folgende Nachhaltigkeitsgrundsätze, die bereits an anderer Stelle entwickelt worden sind, als Orientierungsmaßstab einzuführen:

Grenzen der Umwelt und Festlegung von Entwicklungsgrenzen

Wenn unsere Öko- und Biosphäre endlich ist und es uns darum geht, die natürliche Reproduktionsfähigkeit von Luft, Wasser, Boden zu erhalten, müssen vor Ort bzw. innerhalb konkreter räumlicher Bezüge, also eines geografischen Milieus, einer Stadt, einer Region., deren Reproduktionszyklen, Potenziale und Grenzen festgestellt und bestimmt werden.

Dies ist bzw. sollte die Aufgabe von Forschung und Wissenschaft sein, auch der Hochschule. Es muss auch endlich damit begonnen werden, in Handlungs- und Wirkungsketten zu denken, und versucht werden, geschlossene Stoffkreisläufe herzustellen bzw. zu erhalten, z.B. beim Grad der Bodenversiegelung und deren Auswirkung auf den Luft- und Wasserkreislauf, auf Staubbindung und Temperaturkonstanthaltung.

Natürlich braucht das alles seine Zeit. Es wird deshalb notwendig



Von der öffentlichen Hand zu 88 Prozent geförderte städtebauliche Sanierungsmaßnahme im Bohnenviertel, Stuttgart Mitte (1977–1990), mit 60 Prozent Sozialwohnungen im Erbbaurecht. Ursprünglich war geplant, das ganze Viertel abzureißen und ein technisches Rathaus dort zu errichten. Breite Bürgerproteste hatten das verhindert.

Foto: Michael Weiß

sein, bei Entscheidungsprozessen der Vermeidung potenziell kritischer Risiken für das Ökosystem Vorrang einzuräumen, ein **Vorsorgeprinzip** einzuführen.

Daraus folgt in logischer Konsequenz, alles zu vermeiden, was unseren gebauten Stadtraum und seine Untergliederungen künstlich ausweitet und aufbläht (Außenentwicklung, Verdichtung, Monostruktur), und überlastet mit Einwohnern, Besuchern

und Verkehr (Metropol konkurrenz, Stadtmarketing) und von Ressourcen- und Energieimporten und dem Mülltourismus abhängig macht.

Gemeinwohlorientierung und Soziale Gerechtigkeit

Beim Ressourcen- und Energieverbrauch muss der größtmögliche gesellschaftliche Nutzen unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit im Vordergrund stehen. Soziale Un-

gleichheit provoziert und fördert umweltschädigende Lebensweisen und verhindert notwendige Verhaltensänderungen. Mehr noch: Ohne eine gleichberechtigte Teilhabe aller an der gesellschaftlichen Wohlfahrt und an der Nutzung der natürlichen Ressourcen kann keine aktive, selbsttätige und verantwortliche Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Lebensprozess entstehen. Eine **partizipative Form der Demokratie** steht auf der Tagesordnung.

Wir sind fest davon überzeugt, dass hierin auch der Schlüssel zur Einlösung des nächsten Nachhaltigkeitsgrundsatzes liegt, nämlich dem der **Nachfragesteuerung**, verstanden als ein sich selbst regulierender politischer Prozess der Nachfrage nach nachhaltigen Gütern und Lebensformen, der einen optimalen Kompromiss zwischen Umweltgerechtigkeit und Gemeinwohl findet.

In einer solchen Bewegung, wir denken dabei an Formen wie Bürgerinitiativen, Bürgerforen, Bürgerhaushalte, Selbsthilfegruppen, Kollektive aller Art, runde Tische, Lokale Agenden, Tauschringe, Genossenschaften, Stiftungen und nicht zuletzt natürlich auch Bauherrengemeinschaften, Mieter selbstverwaltungen usw., liegt auch die Chance zur Herausbildung einer **solidarischen Ökonomie** als einer Kraft, die wegführt von der kapitalistischen Ausbeutung von Mensch und Natur und von der Deformierung aller nur denkbaren Lebensäußerungen einschließlich der natürlichen Lebensgrundlagen zu Waren.

Umweltgerechtigkeit

Und schließlich geht es um Umweltgerechtigkeit, das heißt, um maximalen wirtschaftlichen Ertrag per Einheit verwendeter Ressourcen, Energie und erzeugtem Abfall. Das bedeutet Erhöhung der Haltbarkeit, bessere Energieeffizienz, effizientere Ressourcenverarbeitung, Verbrauchsreduzierung, Vermeidung von Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen, aber auch den generellen Ausstieg aus der atomaren und fossilen Energieerzeugung und Verbrennung, Ausbau einer regenerativen Energieversorgung, Beachtung der Regenerierbarkeit natürlicher Ressourcen, geschlossene regionale Stoffkreisläufe, Wiederverwertung, Rückgewinnung, einfache Verfahren, Nutzung und Erhalt regionaler Ressourcen und Wirtschaftskreisläufe. Hieran muss sich nicht zuletzt natürlich der gesamte Bauprozess, von der Erzeugung der Bauprodukte, der eigentlichen Bauproduktion, also der Neubautätigkeit bis hin zum Erhalt und dem Betrieb der vorhandenen Bausubstanz messen lassen.

Kapitel 6 Maßstäbe zur Entwicklung des gebauten Raums und der Bautätigkeit

Wie bereits angedeutet wurde, heißt Bau- und Siedlungstätigkeit immer auch Inanspruchnahme naturräumlich begrenzter Ressourcen, d.h. Umweltverbrauch, Verbrauch erneuerba-

rer und nicht erneuerbarer Ressourcen sowie die Belastung der Ökosysteme des Umweltraums mit Schadstoffen und Abfällen als „Senke“.

Im Vordergrund steht dabei der Verbrauch der **erneuerbaren Ressourcen** Boden, Wasser und Luft. So wird beim „Bauen“ bekanntlich der Boden vorrangig als Fläche beansprucht (versiegelt), und damit seiner ökologischen Funktion bei der Aufrechterhaltung des Wasserhaushalts, beim Austausch der Erdoberfläche mit der Atmosphäre (Luft- und Wasserkreislauf), bei der Bindung von Kohlenstoff, beim Abbau von Schadstoffen (Filter, Speicher, Pufferfunktion), der Bewahrung der Genreserven, bei der Lebensmittelproduktion und als Lebensraum für Flora, Fauna und der Bioorganismen entzogen, gleichzeitig aber auch seiner Fähigkeit, sich selbst zu reproduzieren, unwiderruflich beraubt.

Spürbar wird dieser Verlust vor allem heute schon in den städtischen Ballungsräumen, wo die Versiegelung in Kombination mit einer dichten Bebauung zu einer negativen Veränderung des lokalen Klimas (Aufheizung, Verringerung der Luftfeuchtigkeit, verstärkte Staubbildung, Grundwasserabsenkung) führt.

Nicht erneuerbare Ressourcen werden beim „Bauen und Wohnen“ vor allen in Form von Baumaterialien und Energie verbraucht. So liegt z.B. der Energieverbrauch der privaten Haushalte in der BRD seit 1993 konstant bei ca. 30% des nationalen Energieverbrauchs. Nicht zuletzt „produziert“ jede Bau- und Sied-

lungstätigkeit auch Emissionen und Stoffeinträge, die die für Mensch und Tier unentbehrliche Regelungs- und Trägerfunktion der Natur, d.h. deren Fähigkeit, die stofflichen, energetischen und biochemischen Prozesse des Naturhaushalts, z.B. die Umwandlung von Sonnenenergie in Biomasse, aufrecht zu erhalten und die Folgen menschlicher Eingriffe auszugleichen, beeinträchtigen. In erster Linie handelt es sich dabei beim „Bauen“ um CO₂-feste Abfälle und Schmutzwasser. All diese hier nur grob angedeuteten Zusammenhänge machen es notwendig, bevor wir uns konkreter mit Stuttgart befassen, folgende **Maßstäbe** einer nachhaltigen Bau- und Siedlungstätigkeit einzuführen:

1. Volumen, Art und Maß der Siedlungs- und Bautätigkeit orientieren sich zukünftig nicht mehr an wirtschafts-, markt-, macht- und raumordnungspolitischen Wachstums- bzw. Strukturstrategien, sondern an den naturräumlich vorhanden Grenzen und Potenzialen eines regionalen Siedlungs- und Wirtschaftsraums, sowie dessen Belastungen.

2. Die Nutzungsrate sich erneuernder Ressourcen (Boden, Wasser, Luft, Wälder, Nahrung, Fischbestände und Pflanzen, sowie deren Ökosystemleistungen) darf deren Regenerationsrate, sowie die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des jeweiligen Ökosystems nicht überschreiten. Wobei die Nutzungsintensität sowie die Nutzungsart, d.h. die Art und Form der Bewirtschaftung der jeweiligen Res-

source gleichermaßen beachtet werden müssen.

3. Die Reichweite der nachgewiesenen nicht erneuerbaren Ressourcen (Material, Rohstoffe, fossile Energien) ist über die Zeit zu erhalten. Mindestens aber darf deren Nutzungsrate die Rate des Aufbaus sich regenerierenden Ressourcen nicht überschreiten (Ersatzstrategie).

4. Die Freisetzung von Stoffen darf die Aufnahmefähigkeit der Umweltmedien und Ökosysteme nicht überschreiten. Stoffeinträge sind fortschreitend weiter abzubauen. Nicht vermeidbare Abfälle sind über eine Strategie des Recycling und der Kreislaufwirtschaft abzubauen bzw. der Wiederverwertung zuzuführen.

5. Das Zeitmaß der menschlichen Eingriffe muss in einem ausgewogenen Verhältnis zum Zeitmaß der natürlichen Prozesse stehen, sei es der Abbauprozesse von Abfällen, der Regenerationsrate von erneuerbaren Rohstoffen oder Ökosystemen.

Kapitel 7 Strategische Überlegungen

Die Wohnungsfrage, bzw. der Wohnungsbau ist ein Kapitel des Themas Stadt- und Raumentwicklung, genauer des Themas Nutzung und Herichtung des gebauten und ungebauten Raums. Das wird bereits in der Überschrift festgemacht.

Die heute praktizierte Stadt- und Raumentwicklungsplanung basiert auf

dem „naturgesetzlichen“ Paradigma eines fortschreitenden Wachstums. Sie kalkuliert mit Markt und Konkurrenz, mit privater, kapitalistischer Bereicherung, mit Eigentum und Privatisierung. Dabei werden Strategien wie diejenigen der Zentralen Orte und der Metropolenregion genauso wie sozialwissenschaftliche Methoden, beispielsweise der statistischen Trendforschung und Prognose oder einfach die sogenannten Machbarkeitsstudien angewandt, denen allesamt gemeinsam ist, dass sie von den sozioökonomischen und ökologischen Grundbeziehungen unserer Gesellschaft abstrahieren, bzw. diese erst gar nicht wahrnehmen und vor allem dadurch dazu beitragen, Kapitalverwertungsinteressen wie Expansion, Zentralisierung und Beschleunigung stillschweigend durchzusetzen.

Eine Strategie der nachhaltigen Entwicklung hingegen anerkennt naturräumliche Grenzen und leitet Entwicklung aus den Dimensionen und Wirkgesetzen des Umweltraums ab. Sie versucht ihre Methodik und Ziele am dauerhaften Erhalt der natürlichen Reproduktionsfähigkeit der Umweltmedien Luft, Wasser und Boden sowie der jeweiligen lokalen Ökosysteme festzumachen.

Es wäre jedoch zu einfach zu glauben, es gehe nur um einen Strategie- und Methodenwechsel, sozusagen um einen besseren Umweltschutz. Es geht um weit mehr. Es geht darum, gleichzeitig auch die Wirkgesetze der heute zum Weltmodell gewordenen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise (Globalisierung) und deren verin-

nerlichten Regulierungsformen wie denen des Privateigentums, der Konkurrenz, des Wachstums, des Profits, der parlamentarisch repräsentativen Oligarchen- und Lobbydemokratie zugunsten von Regulierungsformen der Selbsttätigkeit, der solidarischen Ökonomie und der partizipativen Demokratie zurückzudrängen und zu überwinden.

Und schließlich, das kommt weiter erschwerend hinzu, kann das Subjekt einer solchen Entwicklung nur in jedem Einzelnen von uns, als einem bewusst aktiven Teil der Gesellschaft im Gegensatz zu ihr begründet werden. Ein aktiver Teil darf bzw. muss

- sich nicht mehr von blinden Marktkräften und kapitalistischen Gewaltverhältnissen treiben lassen.
- nicht mehr freiwillig das politische und gesellschaftliche Handeln den wirtschaftlich Stärksten überlassen,
- sich als freie Assoziation freier Bürger organisieren,
- es verstehen lernen, seine Produktionsweise, Lebensformen und Lebensnotwendigkeiten innerhalb der naturräumlich vorhandenen Grenzen frei auszuhandeln.

Davon sind wir noch sehr weit entfernt. Das macht auch die Schwierigkeit aus, einen solchen Emanzipationsprozess im Detail näher zu beschreiben. Er wird sich erst in seiner Entstehung und Entfaltung näher beschreiben lassen. Die im Papier anschließend entwickelten Umrisse müssen genügen. Auch die dort formulierten Detailziele können nur Beispielcharakter haben.

Kapitel 8 Was tun? Unser Handlungsprogramm (Ansätze dazu)

Nachfolgender Forderungskatalog versucht, die oben genannten Zielsetzungen und Maßstäbe in ein politisches Handlungsprogramm, in eine Agenda für eine nachhaltige, kommunale Bau- und Wohnbautätigkeit umzusetzen. Ohne Zweifel betreten wir damit politisches Neuland, weshalb Vieles offen bleiben wird, bzw. wegen des demokratischen Charakters eines solchen Prozesses offen bleiben muss.

Solang uns nur rudimentäre Kenntnisse über die Dimensionen, Potenziale, Grenzen und der Wirkgesetze der Ökosysteme im Raum Stuttgart vorliegen, können sich solche Vorschläge und Forderungen ohnehin nur im Bereich der Vorsorge, des Einsparens und Vermeidens, der Begrenzung, des Verzichtens und des Unterlassens bewegen. Trotzdem wäre sicher schon viel gewonnen, wenn es in Stuttgart gelänge, vom Fetisch Wachstum zur einfachen Reproduktion zu kommen, für eine Übergangszeit höchstens ein lineares, keinesfalls aber ein weiter exponentielles Wachstum zu akzeptieren.

Wohnungsbau / Soziale Stadt / Solidarische Stadt

Der Wohnungsbau ist einer der Kernpunkte kommunaler Daseinsfürsorge und somit etwas wesentlich Anderes als ein von der Kommune für wirtschaftliche Interessen vorzuhaltender „weicher Standortfaktor“ oder ein

für Investoren interessantes Spekulationsfeld. Wir brauchen ein Menschenrecht auf eine „würdige“ Wohnraumversorgung, realisiert über einen nachhaltigen Entwicklungsweg. Das s.g. Marktinteresse an einer Ware Wohnung löst diesen Anspruch, wie alle Erfahrung zeigt, weniger denn je ein.

Schlussfolgerungen daraus:

- Die Stadt verkauft keinen kommunalen Wohnungs- und Grundbesitz mehr. Sie setzt sich dafür ein, dass diese Art von Privatisierung öffentlichen Eigentums auch im Land und im Bund umgehend beendet wird.
- Der städtische Grundstücksbesitz (Bodenfonds) wird aufgestockt, um wieder regulierend und bodenpreisdämpfend tätig werden zu können. Das sog. „Nachhaltige Bodenmanagement“ wird vorrangig in diesem Sinne angewandt.
- Das städtische Erbbaurecht wird wieder eingesetzt.
- Die Instrumente gegen Wohnraumzweckentfremdung und der Erhaltungssatzung werden wieder angewandt.
- Das Instrument der „Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme“ (Tübinger Modell) findet endlich auch in Stuttgart seine Anwendung.
- Alle Bebauungspläne, auch die im Bestand, zielen auf einen Mindestwohnanteil von mehr als fünfzig Prozent.
- Die öffentliche / städtische Wohnbauförderung wird umorientiert, vom Neubau vorrangig auf den Bestand und auf die Förderung der Umnut-

zung von leer stehenden Büro- und Verwaltungsgebäuden zu Wohnungszwecken.

- Wesentlich ausgeweitet werden müssen die bestehenden Förderprogramme zur energetischen und sanitären Ertüchtigung der Altbausubstanz (der städtischen und der privaten), sowie zum Auf- und Ausbau dezentraler regenerativer, solarer Energieversorgungsformen.
- Natürlich bedarf es auch eines zusätzlichen Förderprogramms zur Schaffung von ausreichenden Wohnungsgrößen (pro Person ein Zimmer) sowie eines lebenswerten Wohnumfeldes.
- Nicht zuletzt und ganz dringend braucht es aber auch ein kommunales Sofortprogramm für alle Wohnungssuchenden entsprechend der städtischen Vormerkdatei.
- Auch die Förderungsmaßnahmen selbst sind umzuorientieren: Statt Zinssubventionen an private Bauherren direkte Zuweisungen, vorrangig an Organisationsformen der solidarischen Ökonomie wie Baugenossenschaften, Selbsthilfeprojekte, Selbsthilfefonds oder Bauherrngemeinschaften.
- Ziel ist der Auf- und Ausbau eines gemeinwirtschaftlichen, aus dem städtischen Haushalt (a fond perdu) finanzierten Wohnungsbaus, d.h. die Ware Wohnung wird zu einer kommunalen Dienstleistung.
- Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass überall, wo fördernd eingegriffen wird, eine soziale Mischung und ein lebendiges Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten entstehen. Sozial

klassifizierende reine Wohnprojekte werden aufgegeben.

- Unabdingbar – neben aller städtischer Hilfestellung – ist ferner die Durchsetzung partizipativer demokratischer Planungs- und Entscheidungsrechte – für alle vorhandenen und zukünftigen Nutzer bei allen öffentlichen stadt- und wohnungsbaupolitischen Entwicklungsmaßnahmen.
- Auch müssen ausreichende Selbstverwaltungsrechte beim Erhalt und der Reproduktion bestehender Bau-substanz eingeräumt werden.
- Letztendlich bedarf es auch der Durchsetzung einer eindeutigen gesetzlichen Regelung, die das Leerstellenlassen privaten Wohnungs- und Hausbesitzes untersagt und mit dem Verlust der privaten Eigentumsrechte, die dann an die Kommune fallen, sanktioniert (Eigentum verpflichtet).

Nachhaltiges und solares Bauen und Wohnen

Das Bauen der Zukunft darf sich weder an der technischen Machbarkeit, noch an den Forderungen des Bau- und Wohnungsmarktes und noch weniger an dem Wunsch von Investoren orientieren, sondern muss sich an seinem Beitrag zur Daseinsfürsorge und der Minimierung des Umweltverbrauchs messen lassen. Das heißt, dass die Beständigkeit, die Wiederverwertbarkeit, die flexible Nutzung von Bauwerken, deren Materialbeschaffenheit, deren Material- und Ressourcenverbrauch während des Bauprozesses und deren Nutzung (Bewirtschaftung) und Erhalt im Vordergrund stehen.

Daraus folgt:

- Alle städtische bzw. öffentlich geförderte Bautätigkeit hat prinzipiell material- und ressourcensparend sowie energieneutral und schadstofffrei auf der Grundlage von Stoff- und Energiebilanzen zu erfolgen.
- Alle städtische bzw. öffentlich geförderte Um- und Neubautätigkeit hat nach den Kriterien des solaren Bauens (aktiv und passiv), mindestens nach denen des Passivhausstandards zu erfolgen. Diese Anforderung ist in den Bebauungsplänen festzuschreiben.
- Ferner ist in Zukunft jegliche Bautätigkeit und Baubewirtschaftung an deren aktivem Beitrag beim Abbau von Schadstoffbelastungen (Feinstaub, CO₂), sowie bei der Minimierung der Wasserverschmutzung, des Wasserverbrauchs und bei der Abfallvermeidung zu messen.
- Dieser Anspruch wird eingelöst durch den Ausbau dezentraler regenerativer, solarer Energieformen in und am Bauwerk mit deren Vernetzung im Stadtteil, durch Baustoffrecycling und Abfallvermeidung im Bau- und Nutzungsprozess, durch Regenwassernutzung und Retention (Rückhaltung) im Wohnumfeld.
- Dies wird jedoch nicht ausreichen. Es bedarf auch einer organischen Einbindung des gesamten Bau- und Bau-nutzungsprozesses in räumlich kompakte, die regionalen Roh-, Baustoff-, Material-, Energie- und Arbeitskraftpotenziale nicht überfordernde Stoffkreisläufe. Die regionale Wirtschaft, auch alle Formen der solidarischen Ökonomie und der vertikalen Soziali-

sierung (innergemeinwirtschaftliche Kreisläufe), sind hierfür besonders prädestiniert, z.B. auch die Form der Selbsthilfe und des Selbstbaus.

- Großprojekte der Kommerz- und Geldwirtschaft, die großmaßstäbliche Umnutzung der Innenstädte mit dem ausschließlichen Ziel der Gewinn- und Profitmaximierung als Schau-, Kauf-, Wohn- und Hotelstandorte (Citybildung), der Massenwohnungsbau und nicht zuletzt Verkehrsbauten wie Stuttgart 21, stehen diesen Zielen konträr entgegen. Sie führen zu hohen Stoff-, Material- und Energieumsätzen, mehr Schadstoffausstoß und Umweltbelastung (und sei es nur durch den zusätzlich ausgelösten Verkehr), mehr Energieverbrauch und Bodenversiegelung und schlussendlich also mehr Umweltverbrauch. Es ist außerdem keine auf Nachhaltigkeit gerichtete Denkweise, immer nur das singuläre Bauwerk und nicht auch seinen Zusammenhang und seine ökologische Wirkung im Stadtgefüge, im Umwelt- raum, in der Zeit zu sehen und zu berücksichtigen. (Verkehrsaufkommen, Boden- und Wasserverbrauch, Wärmestress, historische Dimension usw.).

Nachhaltige Stadt- und Raumstruktur

Eine nachhaltige Entwicklung der Stadt- und Raumstruktur ist ohne eine Orientierung am Maß und der Art der örtlichen Ökosysteme nicht denkbar. Diese sind, soviel wir wissen, topografisch und geografisch regional begrenzt. Der regionale Raumbezug, der natürlich noch genauer zu definieren ist, sowie die Orientierung an einer

regionalen Entwicklungsperspektive sind daher die Ausgangspunkte.

Die raumordnungspolitische Leitvorstellung der Metropolregion, der auch unsere Stadtpolitik frönt, die damit verbundene Vorstellung des Auf- und Ausbaus und der Vernetzung mit anderen Metropolregionen Europas über Entwicklungsachsen, entlang derer sich die zukünftige Entwicklung konzentrieren soll, in Verbindung mit schnellen Verkehrssystemen, führt zu größeren Einzugsbereichen für Waren und Arbeitskräfte. Darüber hinaus entsteht eine größere bauliche und verkehrliche Konzentration (bessere Ausnutzung im betriebswirtschaftlichen Sinne) in den Knotenpunkten (Citybildung), die Verstärkung einer monostrukturierten Bau- und Nutzungsstruktur. Und nicht zuletzt führt die Leitvorstellung der Metropolregion zu mehr Umweltverbrauch mit den bekannten ökologischen Be- und Überlastungen, die die regionalen Grenzen und Potenziale überfordern.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis es dadurch zu einem völligen Erliegen der Selbstregenerierfähigkeit der betroffenen Umwelt- und Naturräume kommt. Genau dies zu vermeiden ist Ziel einer nachhaltigen Entwicklung!

Schlussfolgerungen daraus:

- Nicht die Metropolregion im obigen Sinne, sondern die Region Stuttgart als solche ist als räumlicher Planungs-, Handlungs- und Entwicklungsrahmen anzunehmen.
- Ein Verzicht auf die Raumordnungsperspektive Metropolregion



Energetische Sanierung der Bauherrngemeinschaft „Schnapsfabrik“ in Stuttgart Süd, Heusteigviertel. Mix aus Eigentums- und Sozialwohnungen, Energieversorgung durch eigenes Blockheizkraftwerk und Wärmepumpe.

Foto: Michael Weiß

allein genügt allerdings nicht, weitere Schritte müssen folgen:

- Keine weitere Zentralisierung, kein weiterer Ausbau überregionaler Infrastrukturen (Verkehrsnetze, Gatewayfunktionen), die Zielsetzung des Abbaus von Überfunktionen und Monostrukturen (vor allem in der City und cityähnlichen Lagen), sowie die Aufgabe aller in diese falsche Richtung zielenden Absichten. Dazu gehören auch die kürzlich veröffentlichten Leitziele der Stadt Stuttgart zur Innenstadtentwicklung, die, trotz gegenteiligem Wortgeklingel, beim näheren Hinsehen keinerlei konkretes Gegensteuern erkennen lassen)

- Keine Konkurrenz um weitere Einwohner, Investoren, Einkaufs- und Wirtschaftsfunktionen.

- Außerdem ist mit der weiteren Flächeninanspruchnahme für Siedlungszwecke in Stuttgart Schluss zu machen (derzeit liegt diese bei über 50% der Gemarkungsfläche). Das heißt: Keine weitere Ausweisung neuer Baugebiete.

- Ernst gemacht wird mit der angekündigten Innen- statt Außenentwicklung. Eine notwendige bauliche Entwicklung findet also in Zukunft im Bestand sowie durch den Abbau von baulichen Monostrukturen und durch Umnutzungen statt. Und nur dort,

wo dies klimatisch unbedenklich ist, auch auf Restflächen. Ansonsten werden diese zur Verbesserung des Kleinklimas, zum Abbau von Wärmestress und – wo möglich – zur Regenwasserversickerung in Anspruch genommen.

● Letztlich ist eine Stadt- und Raumstruktur anzustreben, die die naturräumliche Reproduktion erhält und stärkt und bei der die Flächenbeanspruchung für Siedlungs- und Bautätigkeit, also des gebauten Raums, in Wechselwirkung zu den Ausgleichsfunktionen des nicht gebauten Umgebungsraums und dessen Nutzungen entwickelt wird.

● Dieser Ansatz ist auch für die Entwicklung der historischen Bestandsstadtteile unverzichtbar, um diese als Wohnstandort lebens- und funktionsfähig zu erhalten. Damit verbunden können die bereits genannten städtischen Steuerungsinstrumente im Eigentums-, Boden- und Planungsrecht, verknüpft mit Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung (flächiges Tempo 30, autofreie Zonen, Parkplatzrestriktionen und Durchfahrtsverbote) und zur Verbesserung der Netzdichte und Frequenz des öffentlichen Nahverkehrs, eine zusätzliche Steuerungswirkung in gleicher Richtung entfalten.

● Für unverzichtbar halten wir heute noch nicht vorhandene partizipative Entscheidungs- und Gestaltungsrechte (also nicht nur Informationsrechte) bei allen anstehenden raumordnungspolitisch relevanten Entscheidungen, beginnend bei der Formulierung der Aufgabenstellung bis hin zur Planung und Realisierung.

● Es wird deshalb nicht ausbleiben, dass sich vielfältige stadtteil- oder projektbezogene „Runde Tische“, Bürgerinitiativen, Gesprächs- und Entscheidungsforen außerhalb des Parteien- und Verwaltungsklüngels bilden müssen, von der Politik gewollt, unterstützt und gefördert. □

Literatur zum Weiterlesen

Nachhaltigkeit

„Sustainable Development“, Hermann Daly in „Population and Development Review“ 1991

„Zukunftsfähiges Deutschland“ (Wuppertal Studie), Birkhäuser Verlag, 1996

„Grenzen des Wachstums, Das 30 Jahre Update“, D. Meadows, Hirzel Verlag, Stgt. 2006

„Die nachhaltige Gesellschaft“, Saral Sarkar, Rotpunkt Verlag 2001

„Nachhaltige Entwicklung“, Rolf Kreibich, Belz Verlag 1996

„Wie viel Umwelt braucht der Mensch?“, F. Schmidt Bleek, DTV, 1997

„Lokale Agenda 21 – Anstöße zur Zukunftsfähigkeit“, W. Herman u.a., Kohlhammer 2000

„Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“, Bundesumweltministerium, Bonn 1998

„Nachhaltige Entwicklung“, Der Bürger im Staat, Heft 2, 1998, Landeszentrale für politische Bildung, Ba.-Wü.

„Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung“, Presse und Informationsamt, Berlin 2002

Grundlagen der Stadt und Raumentwicklung

„Territorium und Großstadt. Die räumliche Differenzierung der Moderne“, G. Held, VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2005

„Sozioökonomische Bestimmungsfaktoren der Stadtentwicklung“. H. Heuer, Deutsches Institut für Urbanistik, Verlag W. Kohlhammer 1975

„Historische, politische und ökonomische Bedingungen der Stadtentwicklung“, K. Habermann, B. Nieße, D. Oertel, R. Preis, H. Rich, SOAK Verlag Hannover 1978

- „Die Umwelt der arbeitende Klasse, aus den Schriften von F. Engels“, Bauwelt Fundamente 27, Bertelsmann Fachverlag 1970
- „Historische Analyse der Stadtentwicklung am Beispiel Stuttgart“, R. + U. Rockenbach, H. Sprenger, W. Wiliking, Diplomarbeit an der Uni. Stgt., Städtebauliches Institut, 1976
- „Die zentralen Orte in Süddeutschland“ (Theorie der zentralen Orte), W. Christaller, Jena 1933
- „Urban 21“, Expertenbericht zur Zukunft der Städte, P. Hall, U. Pfeifer, DVA Stgt. 2000
- „Un-Habitat, The Challenge of the Slims“: Global Report on Human Settlements 2003, London 2003
- „Planet der Slums“ M. Davis, Verlag Assoziation A. Berlin/ Hamburg 2006
- „Space flow – der Raum der Ströme“, M. Castells, in Kursbuch Stadt DVA Stuttgart 1999
- „Metropolen des Weltmarkts. Die neue Rolle der Global Cities“ S. Sassen, Campus, Frankfurt a.M, New York 1996
- Stadt und Raum / Nachhaltiger Städtebau*
- „Die zukunftsfähige Stadt“, Johannes Meyer, Werner Verlag, 1997
- „Zukunftsfähiges Wohnen und Bauen“, J. Jörissen, R. Coenen, V. Stelzer, Edition Sigma 2005
- „Nachhaltige Stadtentwicklung“, Städtebaulicher Bericht der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumentwicklung (BfLR), Bonn 1996
- „Stadt und Nachhaltigkeit“, Roger A. F. Smook
- „Vision einer nachhaltigen Stadt“, Karl Ganser, in Politische Ökologie, August 2001
- „Die dritte Stadt“, D. H. Axthelm, Suhrkamp, 1993, neue Folge Band 796
- „Grundlegende Gedanken zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung“, M. Reize, U. Rockenbach, in „Anstöße zur Zukunftsfähigkeit“, s.o.
- „Eine Muster Sprache“, Ch. Alexander, Löcker Verlag 1995
- „Wege zur nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen“ Handbuch Lokale Agenda 21, Bundesumweltministerium, 1998
- „Ökologisch Bauen und Wohnen“, M. Drum, DAB. 7/97
- „Die Städte in der BRD auf dem Weg zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung?“, E. Bergmann, Bericht des 6. Forums Haus auf der Alb, März 1996
- „Städtebau: Vielfalt und Integration“ A. Feldkeller, DVA 2001
- „Urbanität und nachhaltige Stadtentwicklung – Stadtumbau am Beispiel der Tübinger Südstadt“, Gabriele Steffen, Bericht 6. Forum
- „Wie macht man nachhaltige Stadtentwicklung akzeptabel?“, Götz Kemnitz, 6. Forum
- Stoffwechselprozess / Ökosystemdenken*
- „Mensch – Gesellschaftsformation – Biosphäre“, K. H. Tjaden, Verlag Arbeit und Gesellschaft GmbH., Marburg 1992
- „Die Kunst, vernetzt zu denken“ F. Vester, DTV. München 2003
- „Dialektik der Natur“, F. Engels, MEW. Bd. 20, Dietz Verlag Berlin
- „Der Arbeitsprozess und Verwertungsprozess“, in K. Marx, Das Kapital Bd. 1, 5. Kapitel, MEW Bd. 23, Dietz Verlag, Berlin
- „Der Stoffwechsel urbaner Systeme“, P. Baccini,
- „Towards sustainabel Development of Urban Systems in Journal of Urban Technology 4, 1997
- „Regionaler Stoffhaushalt“, P. Baccini, Spektrum Akademischer Verlag, Heidelberg, 1996
- „Nachhaltige Raumentwicklung: Konzept für ein interdisziplinäres Forschungsprogramm“, M. Wegener, K. Spiekermann, in Raumforschung und Raumordnung 5 / 2000
- Ökonomie / Regionales / Nachhaltiges Wirtschaften*
- „Der öffentliche Raum als Ware“, in Jahrbuch 2000 „Architektur in Berlin“, Hrsg. Architektenkammer Berlin, Junius Verlag Hamburg
- „Die Stadt als Wirtschaftsfaktor“, Dr. M. Konukiewitz, BbauBl, Heft 5, 1995
- „Solidarische Ökonomie“ E. Altvater, N. Sekler, VSA Verlag, Hamburg 2006
- „Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“, S. Giegold, D. Embshoff, VSA Verlag, Hamburg, 2007
- „Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen“, E. Altvater, Westfälische Dampfboot, Münster 2006
- „Regionales Wirtschaften“, Crossover, Westfälisches Dampfboot, Münster 2005
- „Der Wiener Gemeindewohnungsbau“ K. Novy, in „Arch+“ Nr. 45 Juli 1979
- „Sozialmieten = soziale Mieten?“ R. Becker, Sonderdruck von „Arch+“, Sept. 1987
- „Zukunftskonzept Flächenmanagement Stuttgart“, Projektgruppe Flächenrecycling in der FK Stadtentwicklung der Lokalen Agenda 21, Stuttgart, 1999/2000
- „Bodenschutzkonzept Stuttgart – BOKS“, Schriftenreihe des Amtes für Umweltschutz, Heft 4/ 2006

Von Jahr zu Jahr steigen in Stuttgart die Mieten, die Stadt kommt beim Bau der nötigen Sozialwohnungen nicht mehr hinterher und die Fälle in der Notfallkartei werden auch nicht weniger. Heute fehlen immer noch über 3000 Wohnungen für sozial Schwache in unsere Stadt. Aber auch für junge Familien mit Kindern wird



SÖS-Stadtrat Hannes Rockenbauch spricht auf der Kundgebung am 24. 04. 2008 auf dem Stuttgarter Marktplatz zu den BürgerInnen.

Foto: Peter Gierhardt

bezahlbarer Wohnraum immer knapper. Diesem Bedarf an neuem Wohnraum steht auf der anderen Seite die Erkenntnis gegenüber, dass es in Stuttgart seit Jahren nicht gelingt, den Flächenverbrauch zu stoppen. Immer wieder werden für das Mikroklima wertvolle Flächen zusätzlich neu versiegelt und sogar Frischluftschneisen sind nicht mehr tabu.

So scheint mir Stuttgart geradezu ein Paradebeispiel dafür zu sein, dass der Markt alleine nicht in der Lage ist, das Menschenrecht auf einen würdigen Wohnraum für alle sicherzustellen. Besonders aber, wenn es um den Erhalt unsere natürlichen Lebensgrundlagen geht, kennt der Markt keine Grenzen seines Wachstums und Umweltverbrauchs.

Utz Rockenbauch verortet im vorliegenden Text das Wohnen genau in diesem Spannungsfeld von sozioökonomischen und naturräumlichen Wechselbeziehungen. So wird klar, dass zur Lösung der Wohnungsfrage in Stuttgart kein simpler Forderungskatalog ausreichen wird, sondern dass am Ende eine Diskussion darüber entstehen muss, wie wir in Zukunft in unseren naturräumlichen Gegebenheiten menschenwürdig Leben und Produzieren wollen.

Da diese Diskussion nur innerhalb eines offenen, demokratischen Prozesses aller Sinn macht, lässt sich die Antwort heute nicht vorgeben. Trotz aller Ungewissheit lassen sich aber schon heute die wesentlichen Orientierungspunkte einer zukunftsfähigen Entwicklung in Stuttgart beschreiben. Genau darum geht es. Viel Spaß!

Hannes Rockenbauch, Stadtrat (SÖS)